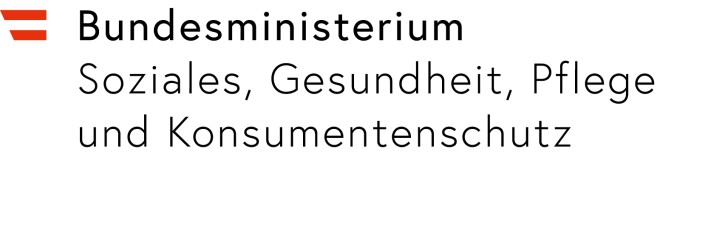


**Die UN-Behindertenrechtskonvention**

**in Österreich: von der Staatenprüfung 2013 zum Staatenbericht 2019**

Tagung der Universität Innsbruck

1. Februar 2020

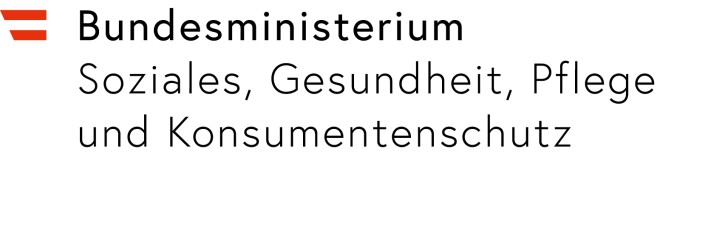


**1. Deutsche Übersetzung der Konvention**

* + Kritik: Deutsche Übersetzung ist fehlerhaft und gibt die Grundsätze der Konvention nicht richtig wieder (z.B. englisch Inclusion – deutsch Integration)
  + Empfehlung: Überarbeitung der deutschen Übersetzung mit Einbindung betroffener

Menschen

* + Umsetzung: Eine Arbeitsgruppe von Außenministerium, Sozialministerium, Monitoringausschuss und Behindertenorganisationen hat die deutsche Übersetzung neu überarbeitet – sie wurde 2016 im Bundesgesetzblatt kundgemacht
  + Anmerkung: die neue deutsche Übersetzung gilt nur für Österreich !
  + Übersetzung der deutschen Version in leichte Sprache wurde vom Sozialministerium beauftragt und 2019 veröffentlicht

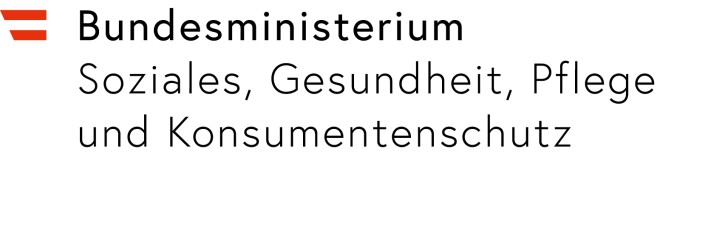


**2. Soziales Modell von Behinderung**

* Kritik: In Österreich überwiegt noch das medizinische Modell von Behinderung, das soziale

Modell hat sich noch nicht durchgesetzt

* Empfehlung: Änderung der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen, um die sozialen Auswirkungen von Behinderung zu berücksichtigen
* Umsetzung: Das Sozialministerium hat 2010 die alte Einschätzungsverordnung reformiert und will sie weiter entwickeln. Ziel ist, in die medizinische Einschätzung mehr soziale Kriterien einzubeziehen.

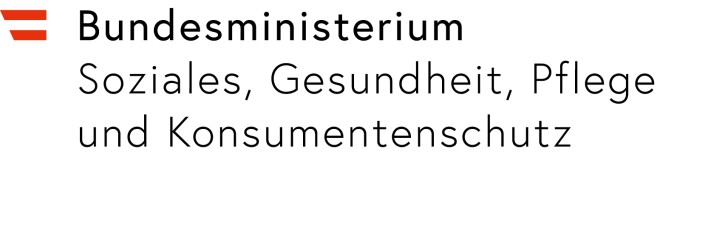


**3. Einheitliche Umsetzung der Konvention**

* + Kritik: Behindertenpolitik ist in Österreich zwischen Bund und Ländern zersplittert, unterschiedliche Definitionen, unterschiedliche Standards an Barrierefreiheit und Diskriminierungsschutz
  + Empfehlung: Übergreifender gesetzlicher Rahmen und übergreifende Behindertenpolitik

zwischen Bund und Ländern – mit Partizipation der Behindertenorganisationen

* + Umsetzung: Entwurf des Sozialministeriums für eine „Zielvereinbarung inklusive Behindertenpolitik“ (2015) für eine einheitliche Umsetzung der UN-Behinderten- rechtskonvention zwischen Bund und Ländern – wurde bisher nicht abgeschlossen
  + Nationaler Aktionsplan Behinderung 2022 – 2030 wird derzeit erarbeitet und soll ein gemeinsamer Plan von Bund und Ländern werden

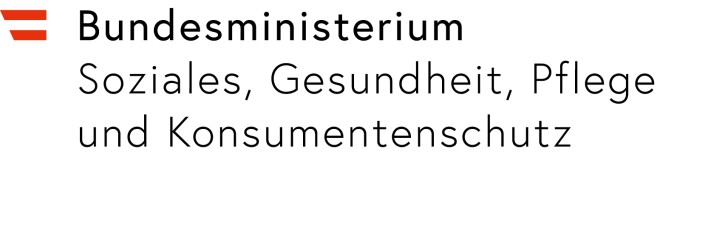


**4. Behindertengleichstellungsrecht**

* Anerkennung: Bundes- und Landesgesetze gegen Diskriminierung
* Kritik: Rechtsschutz ist zu schwach – nur Anspruch auf Schadenersatz
* Empfehlung: Stärkung der Anti-Diskriminierungsgesetze durch Erweiterung der

Klagemöglichkeiten

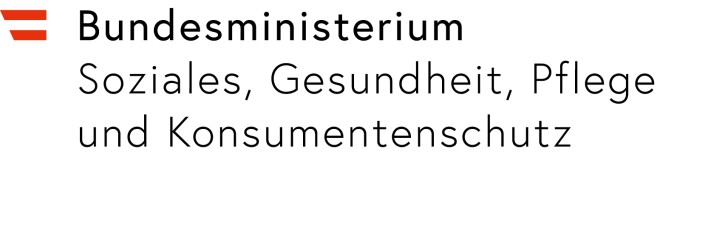
* Umsetzung: im Inklusionspaket 2017 wurde der Rechtsschutz verstärkt
* Verbandsklage auch durch Behindertenanwalt und Klagsverband
* Verbandsklage gegen große Kapitalgesellschaften auch auf Unterlassung und Beseitigung der Diskriminierung möglich
* Bei Belästigung Klage auch auf Unterlassung möglich



**5. Bewusstseinsbildung**

* + Kritik: veraltetes Wohltätigkeitsmodell in Österreich, Vorurteile und Stereotypen über Menschen mit Behinderungen in den Medien, kein Verständnis für den Menschenrechtsansatz der Konvention
  + Empfehlung: Initiativen zur Bewusstseinsbildung, um Vorurteile zu beseitigen, und Kampagnen, um ein positives Bild von Menschen mit Behinderungen zu stärken, die Träger aller Menschenrechte sind
  + Umsetzung: Arbeitsgruppe von BKA, Sozialministerium, Medien und Behindertenvertretern (2014 - 2017) erarbeitete eine Empfehlung über die Darstellung des Themas Behinderung in den Medien, Webportal zu diesem Thema und über barrierefreie Medien wurde eingerichtet (www.barrierefreiemedien.at)

sozialministerium.at

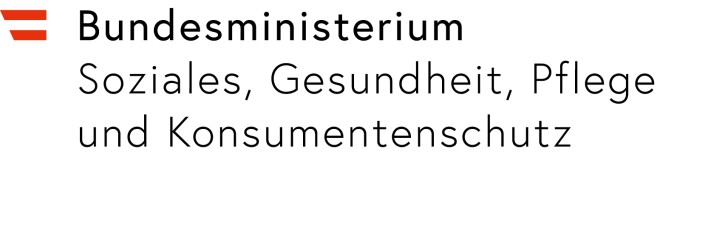


**6. Barrierefreiheit (1)**

* Anerkennung: Verbesserungen der Barrierefreiheit von Gebäuden, Verkehrsmitteln,

Informationen

* Kritik: mangelnde Barrierefreiheit auf dem Land, bei öffentlichen Einrichtungen und in den Medien
* Empfehlung: übergreifender inklusiver Ansatz der Barrierefreiheit, Normen für alle öffentlichen Einrichtungen, kürzerer Zeitplan für Etappenpläne bei Gebäuden und Untertitelung im ORF
* Umsetzung: Verbesserungen bei öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Verkehr, bei Webseiten, teilweise bei Medien



# Barrierefreiheit (2)

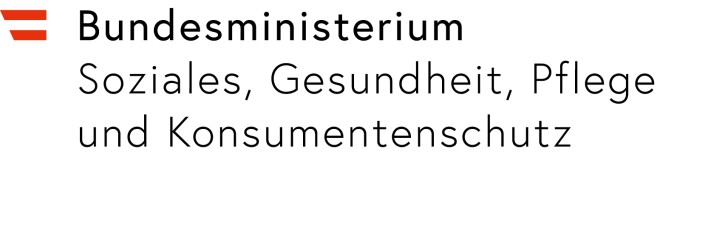
sozialministerium.at

* Etappenplan für Bundesgebäude wurde bis 2019 umgesetzt
* Etappenplan der ÖBB: derzeit barrierefreie Stationen für 75 % der Reisenden, bis

2025 für 90% der Reisenden

* Bundesvergabegesetz 2018: bei Ausschreibungen des Bundes müssen die technischen Spezifikationen Prinzipien der Barrierefreiheit beachten
* Web-Zugänglichkeitsgesetz 2019: alle öffentlichen Webseiten des Bundes müssen barrierefrei sein (und entsprechende Landesgesetze)
* In einigen Ländern werden Bescheide in leichter Sprache ausgestellt

sozialministerium.at

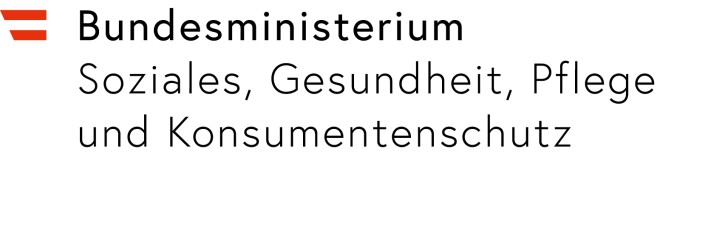


# 7. Anerkennung vor dem Recht (1)

• Kritik: viele Menschen stehen unter Sachwalterschaft - viele davon in allen Lebensbereichen, Rechtsfähigkeit wird automatisch eingeschränkt, Sachwalterschaftsrecht widerspricht Art. 12 der Konvention

• Empfehlung: stellvertretende Entscheidungsfindung muss durch unterstützte Entscheidungsfindung ersetzt werden

* Willen und Autonomie der betroffenen Person respektieren
* Entscheidungsfreiheit über medizinische Behandlungen, Teilnahme an Wahlen, Heirat, Arbeit und Wahl des Wohnortes sicherstellen
* Behindertenorganisationen mit einbinden
* Schulungen für die betroffenen Berufsgruppen anbieten

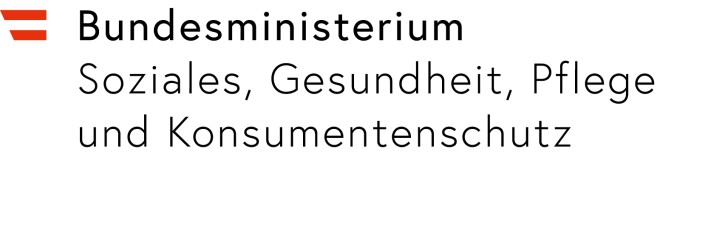


**Anerkennung vor dem Recht (2)**

Umsetzung durch Erwachsenenschutzgesetz ab 1. Juli 2018:

* die Handlungsfähigkeit geht bei der Vertretung nicht mehr automatisch verloren
* die Vertretung wird auf konkrete Inhalte beschränkt
* gesetzliche und gerichtliche Erwachsenenvertretung sind auf 3 Jahre beschränkt
* das Clearing wird verpflichtend
* Sachwalterschaften werden bis 1. Jänner 2024 aufgehoben oder umgewandelt
* Zahl der Sachwalterschaften/Vertretungen ist seit 2015 rückläufig
* Schulungen für Rechtsberufe, Medizinisches Personal, Banken

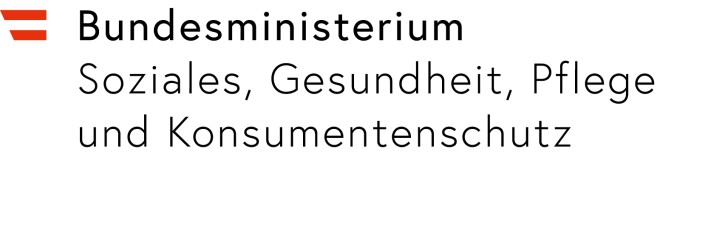
Problem: fehlende Unterstützungsstrukturen, zu wenig Justizpersonal



**8. Schutz vor Gewalt**

* + Anerkennung für die Arbeit der Volksanwaltschaft
  + Kritik: Berichte über Gewalt und Missbrauch gegen Menschen mit Behinderungen
  + Empfehlung: weitere Maßnahmen, um Frauen, Männer, Mädchen und Buben mit Behinderung vor Gewalt zu schützen
  + Umsetzung: seit 2012 kontrolliert die Volksanwaltschaft mit 6 Kommissionen Einrichtungen, in denen Gewalt und Missbrauch vorkommen können
  + Ausbildungseinheiten und Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „Opferschutz“ für Justizpersonal
  + Studie über Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen im Auftrag des Sozialministeriums (veröffentlicht im Dezember 2019) – enthält auch positive Beispiele von Einrichtungen und Empfehlungen zur Gewaltprävention

sozialministerium.at

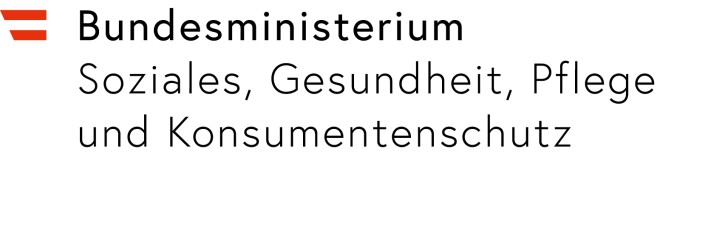


**9. Selbstbestimmtes Leben**

* Kritik: Die Anzahl der Menschen mit Behinderungen in Institutionen hat in den letzten 20 Jahren zugenommen, es gibt zu wenig gemeindenahe Dienstleistungen, vor allem für Menschen mit intellektuellen und psychosozialen Behinderungen
* Empfehlung: Bund und Länder sollen die De-Institutionalisierung vorantreiben, damit die betroffenen Menschen eine Wahlmöglichkeit haben, wo sie leben wollen, und mehr Mittel für ambulante Dienste bereitstellen
* Umsetzung: Länder sind dabei, Institutionen zu verkleinern und auch Alternativen zum

Heim anzubieten (Bericht des Sozialministeriums 2017 über zeitgemäße Wohnformen)

* Regierungsprogramm 2020 – 2024: „Bedarfsgerechte Finanzierung zur Umsetzung der UN-BRK und des NAP mit allen Ministerien unter Einbeziehung der Stakeholder“



**10. Persönliche Assistenz**

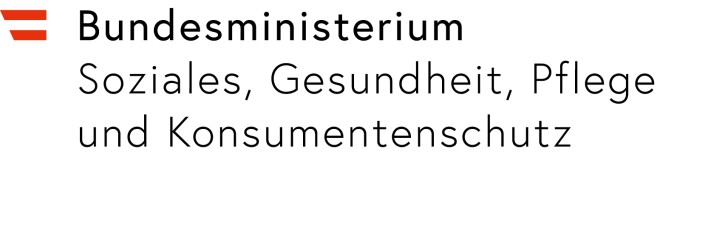
* + Anerkennung für Programme der persönlichen Assistenz (PA)
  + Kritik: persönliche Assistenz steht Personen mit intellektueller oder psychosozialer Behinderung nicht zur Verfügung
  + Empfehlung: Programme der persönlichen Assistenz harmonisieren und auf Personen

mit intellektueller oder psychosozialer Behinderung erweitern

* + Umsetzung: Persönliche Assistenz in allen Ländern, jedoch länderweise sehr unterschiedlich
  + Länder bekommen im Finanzausgleich 2017 – 2021 jährlich zusätzlich 300 Mio. € für

Gesundheit und Soziales

* + Regierungsprogramm 2020 – 2024: „Erarbeitung bundeseinheitlicher Rahmen- bedingungen zur PA in allen Lebensbereichen unabhängig von der Art der Behinderung“

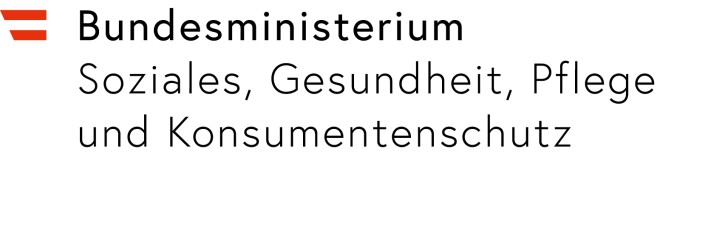


**11. Inklusive Bildung**

* Anerkennung für Modelle inklusiver Bildung in einigen Ländern
* Kritik: kein Fortschritt in Richtung inklusiver Bildung, Zahl der Kinder in Sonderschulen steigt, wenig Akademiker/innen mit Behinderungen, zu wenig Lehrkräfte mit Behinderungen und mit Kenntnissen der Gebärdensprache
* Empfehlung: größere Anstrengungen in der inklusiven Bildung vom Kindergarten bis zur Universität, mehr Lehrende mit Behinderungen und mit Kenntnis der Gebärdensprache
* Umsetzung: Modellregionen sind 2015 in Steiermark, Kärnten und Tirol gestartet,

inklusive Bildung ist seit 2013 in die pädagogische Ausbildung für alle Studien integriert

* Regierungsprogramm 2020 -2024: „Ziel ist ein inklusives Bildungssystem, in dem alle Kinder und Jugendlichen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen, um am gemeinsamen Unterricht teilnehmen zu können.“

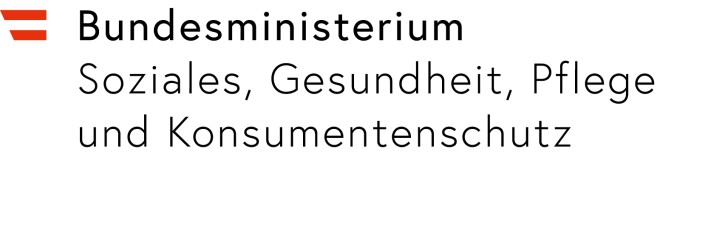


**12. Beschäftigung**

* + Kritik: etwa 22.000 Personen arbeiten in geschützten Werkstätten außerhalb des normalen Arbeitsmarktes, Quotensystem der Behinderteneinstellung wird nur von 22% der Arbeitgeber eingehalten, großer Unterschied zwischen Frauen und Männern mit Behinderungen bei Beschäftigung und Einkommen
  + Empfehlung: Ausbau von Programmen zur Beschäftigung auf dem offenen Arbeitsmarkt, Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei Beschäftigung und Bezahlung
  + Umsetzung: Spezielle Programme für Frauen mit Behinderung, Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit Behinderungen wurden mit dem Inklusionspaket 2017 auf jährlich 90 Mio. € verdoppelt, im Bundesdienst werden Menschen mit Behinderungen auch außerhalb des Stellenplans aufgenommen
  + Regierungsprogramm 2020 – 2024: „Beschäftigungsoffensive und verstärkte Angebote

im Schnittstellenbereich zur Schule“, „Lohn statt Taschengeld“

sozialministerium.at



**13. Wahlen**

* Anerkennung, dass in Österreich alle Personen wahlberechtigt sind
* Kritik: Wahllokale sind teilweise nicht barrierefrei
* Empfehlung: Sicherstellung, dass Wahlen für alle Personen zugänglich sind und

dass Wahlinformationen in allen barrierefreien Formaten zur Verfügung stehen

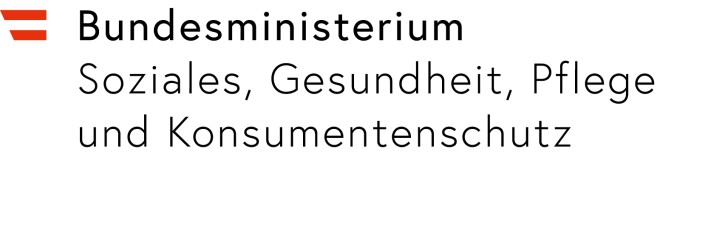
* Umsetzung: In den Jahren 2013 und 2014 gab es Verbesserungen, um blinden und sehbehinderten Menschen das Wählen zu erleichtern (Schablonen)
* Es gibt immer mehr Wahlinformationen in leichter Sprache
* Mindestens ein Wahllokal pro Gemeinde (Bezirk) muss barrierefrei erreichbar sein
  + Kritik: Zu wenig Daten über Behindertenthemen, vor allem über Frauen mit Behinderungen
  + Empfehlung: systematische Erfassung, Analyse und Verbreitung von Daten, vor allem über Frauen und Mädchen mit Behinderungen, und Ausarbeiten von Indikatoren, um gesetzliche und politische Entwicklungen zu unterstützen
  + Umsetzung: Erhebung der Statistik Austria zum Thema Behinderung 2015 und

Veröffentlichung im Behindertenbericht der Bundesregierung (2008 - 2016)

* + Gesetzliche Ermächtigung an Statistik Austria in der Novelle zum Bundesbehindertengesetz 2017, um vorhandene Daten miteinander verknüpfen zu können
  + Im Auftrag des Wissenschaftsministeriums hat Statistik Austria 2018 das Konzept einer

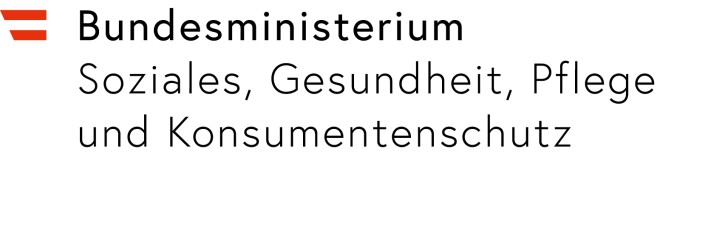
barrierefreien statistischen Befragung erarbeitet

* + Problem: Statistik Austria braucht konkrete bezahlte Aufträge



**15. Monitoringausschuss**

* + Anerkennung für die Einrichtung des Monitoringausschusses 2008
  + Kritik: Monitoringausschuss des Bundes ist nicht von der Regierung unabhängig, wie es die Grundsätze für nationale Menschenrechtsinstitutionen vorschreiben (Pariser Prinzipien) und hat kein eigenes Budget
  + Empfehlung: vollständige Unabhängigkeit und eigenes Budget
  + Länder sollen ihre eigenen Monitoringmechanismen schaffen
  + Umsetzung: Mit der Novelle zum Bundesbehindertengesetz 2017 wurde der Monitoring- ausschuss unabhängig als Verein organisiert, mit eigenem Budget von jährlich € 320.000
  + Alle Länder haben Monitoringausschüsse eingerichtet
  + Problem: Monitoringausschüsse der Länder entsprechen nicht alle den Pariser Prinzipien



**Zusammenfassung**

Erste österreichische Staatenprüfung mit 23 Empfehlungen:

* sieben umgesetzt
* 15 teilweise umgesetzt
* eine nicht umgesetzt Probleme:
* Dominanz des medizinischen Modells
* Vorurteile und fehlendes Bewusstsein
* Föderalismus
* Fehlende Ressourcen

# Vielen Dank für Ihre

**Aufmerksamkeit !**